

Rheinische Nachrichten

Braubacher Zeitung — Anzeiger für Stadt und Land

Mittagszeitung im Kreise St. Goarshausen.

Amtsblatt der Stadt Braubach.



Gesamtschreiber Redaktion: H. Semb.

Verlagsstelle: Friedrichstraße Nr. 18.

Redaktionschluss

10 Uhr vormittags.

Telegraph

Nr. 30.

Postfach Nr. 1000 Frankfurt/Main.

Druck und Verlag der Buchdruckerei von H. Semb in Braubach.

Gratisbeilagen

Wochenspiegel, Fahrplan und einmal

Kalender.

Bezugspreis

monatlich 1,00 Mark,

durch die Post bezogen viertel-

jährlich 3,00 Mark,

von deutschen Postämtern auswärts

geschickt 3,42 M.

Nr. 244.

Braubach a. Rhein, Montag, den 20. Oktober 1919.

29. Jahrgang

Gegen den Berliner Terror!

Berlin, 18. Okt. Das Oberkommando in den Marken teilt mit: Eine kleine Minderheit von rabiaten Elementen im Reichswehr städtischen Elektrizitätswerk hat dem Berliner Magistrat die Forderung gestellt, daß entweder die Stromlieferung für die Straßenbahn eingestellt wird oder sie die Arbeit niederlegen. Der Berliner Magistrat hat sich diesem Terror gebeugt. Der Oberbefehlshaber in den Marken, Moske, der davon Kenntnis erhielt, hat daraufhin verfügt, daß der Betrieb der Straßenbahnen und die elektrischen Kraftwerke für alle lebenswichtigen Betriebe und die Verkehrsmittel aufrechterhalten werden.

Unser Berliner CB-Mitarbeiter schreibt uns: Wir sind in der Reichshauptstadt wieder einmal an einem entscheidenden Wendepunkt ihrer Leidensgeschichte angekommen. Lange genug haben die Schürer und Führer der jetzigen Streikbewegung den Kampf hingezogen, und seine ganze Anlage ließ von vornherein keinen Zweifel daran zu, daß es diesmal auf einen Dauerstreik abgesehen war. Schritt für Schritt wurden, bald diese, bald jene Arbeitergruppen aus ihren Betrieben herausgezogen, um die Kosten des Unternehmers nicht gar zu hoch ins Riesenhafte anschwellen zu lassen. Hätte man gleich auf Anbieten politische Erfolge davongetragen, dann wären diese sofort zur Aufstellung neuer Forderungen an anderen Punkten der Kampffront ausbeutet worden. Da sie aber ausblieben, weil weder die Arbeitgeber noch auch die Reichsbehörden den Streikenden so weit entgegenzukommen vermochten, wie sie verlangten, so suchte man durch ständige Ausbreitung der Bewegung den Druck auf den Gegner immer unerbittlicher zu gestalten. Jetzt, wo der Zustand der Reichshauptstadt bereits die vierte Woche überschritten hat, sind schließlich die Polizei und Maschinen in ihre Hände gekommen, was eine Rahmung nahezu des gesamten gewerblichen Lebens der Reichshauptstadt zur Folge haben muß. Da beginnt denn auch die Regierung des alten Gemeindeführers Bauer aus ihrer Verhöhnungshaltung zu erwachen, und wenn nicht alles trügt, will sie es versuchen, dem an Erpressung grenzenden Zwang durch Anwendung staatlicher Machtmittel zu beugen.

Herr Moske ist als erster auf dem Platz erschienen. Er hat den Mut, vom Terror der Unzufriedenen zu sprechen, die den Berliner Magistrat zwingen wollten — und auch bereits gezwungen hatten —, die Stromlieferung an die eben erst verstaatlichten Straßenbahnen von dem Kraftwerk in Moabit einzustellen. Wenn Herr Moske, der Hüter der Bürgerlichkeit, es für möglich hielt, einer so unerhörten Forderung nachzugeben, der Reichswehrminister ist nicht geneigt, den Streikenden diesen Triumph zu gönnen. Er hat Befehl gegeben, alle lebenswichtigen

aus Stromzuführung angewiesenen Betriebe im Gang zu halten, und von seiner bekannten Energie darf man hoffen, daß dieser Befehl nicht auf dem Papier stehen bleiben wird. Aber auch seine nichtmilitärischen Kollegen im Reichskabinett sind nicht länger gewillt, dem Übermut dieser Streikleitungen noch länger die Bügel ziehen zu lassen. Sie glauben nicht mehr an den auch diesmal wieder eifrig vorgeführten wirtschaftlichen Charakter der Bewegung. Ein Machtkampf ist es, wie er im Buche steht, mit dem wir es zu tun haben, und wenn die öffentlichen Gewalten ihn nicht auch ihrerseits als solchen behandeln, dann laufen sie Gefahr, daß ihnen die Bügel schon heute oder morgen vollends aus der Hand gerissen werden. Schon erlaubt sich der Finanzminister, der das ganze Kriegsspiel leitet, den Berlinern den Rat zu geben, sie möchten sich möglichst von den Straßen fernhalten — die also, wenn es nach diesen Größen geht, nicht für den Verkehr da sein sollen, wie Herr v. Torgow seligen oder unseligen Andenkens es seinerzeit verkündete. Nicht nur alle Räder, auch alle Beine sollen stillstehen, wenn der berühmte starke Arm es will. Damit ist wirklich die Grenze dessen erreicht, was eine Regierung noch zulassen kann. Jetzt muß es hart auf, hart kommen, sonst können die Berliner einpacken.

Die Regierung allein wird es allerdings nicht schaffen können. Die Bevölkerung muß sich ihr hilflos ergeben und opferwillig zur Seite stellen, wenn der Größenwahn dieser Radikalen eine empfindliche Niederlage erleiden soll. Keine andere Mäßigkeit wollen sie gelten lassen als ihr eigenes Machtbedürfnis, und es läßt sie vollkommen kalt, ob die Armen und Kranken, die Kriegsschädigten und die Erwerbslosen hungern und frieren müssen. Was hier vor sich geht, ist Terror in nacktester Form, brutale Gewalt, die auch über die Mehrheit der eigenen Klassen-geossen mittellos zur Tagesordnung übergeht. Die Berliner können jetzt zeigen, ob der Gemeininn, der früher zu ihren schönsten Bürgertugenden gehörte, noch in ihnen lebendig ist. An der entschlossenen Abwehr aller gesund empfindenden, arbeitsfähigen Elemente der Stadt wird schließlich der Anschlag scheitern müssen, der wieder einmal von unverantwortlicher Seite gegen ihre Lebensmöglichkeiten unternommen wird.

Die Streiklage.

Für den Streik der städtischen Bureauhilfskräfte sollte der Donnerstag der Tag sein, an dem nach der bekannten Aufforderung des Magistrats an die streikenden Bureauhilfskräfte die Arbeit wieder aufgenommen werden sollte. Tatsächlich sind auch sehr viele Angestellte dem Rufe gefolgt und einzelne Bureaus arbeiten sogar mit dem vollen Personal. Andere Bureaus sind allerdings ohne Personal. So ist die Reichsfinanzkasse des

Magistrats vollkommen lahmgelegt, dagegen von der Tätigkeit der Brotkommissionen und der Krankenernährung einigermaßen funktionieren. Für die streikenden Hilfskräfte, die nicht zur Arbeit zurückgekehrt sind, wurden bereits Neueinstellungen vollzogen. Da die Streikposten das Publikum gewaltig vom Eintritt in die Bureaus zurückhielten, sind die städtischen Gebäude mit Schutzmannschaft und Sicherheitsposten besetzt, um Gewalttätigkeiten gegen das Publikum zu verhindern. Die Streikposten dürfen, falls sie Befestigungen unterlassen, stehenbleiben. Trotz der Vorkehrungsmaßnahmen sind starke Behinderungen in der Lebensmittelausgabe, der Kraftwerkserzeugung und der Erwerbslosenunterstützung entstanden.

Die Verhandlungen im Metallarbeiterstreik wurden am 18. Oktober vertagt und sollen jeden Augenblick stattfinden. Das Kraftwerk Moabit, durch das die Große Berliner Straßenbahn mit Strom versorgt wird, hat sich für den Streik erklärt. Bis zur Mittagsstunde verkehrten die Straßenbahnen und die Hochbahn ungehindert. In einzelnen Werken sind Polizei und Maschinen in den Ausstand getreten. Die Berliner Elektrizitätswerke haben erklärt, daß sie vorläufig die Stromlieferung aufrechterhalten zu können glauben. Die Hoch- und Untergrundbahn verfügt über ein eigenes Kraftwerk und teilt mit, daß bisher über einen Streik in diesem Werk nichts beschlossen ist. Mehrere Zeitungen waren gezwungen, gar nicht oder in vermindertem Umfang zu erscheinen.

Deutsche Nationalversammlung.

(100. Sitzung.)

BR. Berlin, 18. Oktober.

Die heutige Sitzung war die hundertste. In früheren Jahren pflegte bei einem derartigen Anlaß der Vizepräsident mit einem Blumenkranz geschmückt zu werden, den die Schriftführer des Hauses spendeten. Heute war von einem derartigen Gedanken nichts zu sehen. Das Haus war noch schwächer als an den Vortagen besucht, was zum Teil dadurch erklärt wird, daß gestern verabschiedet, die Sitzungen würden für einige Tage unterbrochen werden. Es ist aber anders gekommen, es wird ohne Unterbrechung weiter verhandelt.

Auf jeder Tagesordnung stand heute zuerst der Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Vorarbeiten des Unterausschusses zur

Feststellung der Schuld am Kriege.

Nach den Beschlüssen des Ausschusses soll die Untersuchung auf die Beantwortung bestimmter Fragen gerichtet werden. Der Ausschuss hat bereits eine stoffliche Gliederung seiner Arbeit vorgenommen. Es handelt sich danach

1. Um die Erklärung der Vorgänge, die im Juli 1914 als Folge des Attentats von Sarajewo zum Ausbruch des Krieges geführt haben.

2. Um die Aufklärung sämtlicher Möglichkeiten zu Friedensverhandlungen mit dem Feinde und Aufklärung der Gründe, die solche Möglichkeiten oder

Zwischen Haß und Liebe.

Roman von Erich von Klenow

(Schluß)

Der Geschäftsführer des Hauses Kingston. In ein mächtiges reiches Haus lebt, Mo'am ... er wird's vielleicht nicht wissen ... also sie lebt, die kleine Frau? Das freut mich! Ist wohl daheim jetzt? Oder —

Mr. Hotchkiss blinzelte verärgert, „am Ende gar schon verheiratet?“

Mr. Ramsdale verneinte. „Arme Mädchen heiraten nicht so schnell heutzutage. Mr. Hotchkiss! Man hat sich am Konzeptionsalter ausgebildet. Abgesehen hätte sie doch wohl heiraten können, wenn sie nicht kürzlich ein launiges Unglück getroffen hätte durch den Tod ihres Bräutigams.“

Hotchkiss hat nur den ersten Satz gehört. Er schrien er auf. „Arme Mädchen ...? Alle Wetter — sollte sie denn um ihr Vermögen gekommen sein? Hat man es etwa schlecht verwaltet? Sprechen Sie, Mo'am!“

Man besaß leider nie das geringste Vermögen, Mr. Hotchkiss!“

Nicht? Sie scherzen, Mo'am! Demals, als ich meinen Namen als Zeuge unter Matengies Testament setzte, waren es fast eine Million Dollars ... heute können es gut und gern zwei sein, wenn Kingston es so angelegt hätte, wie Matengies es wünschte.“

Reizner, der in atemloser Spannung zugehört hatte, sprang erregt auf.

„Ab — jetzt errate ich alles. Jetzt weiß ich auch, welches Motiv er hatte —“

Buchlau nickte ernst.

„So ist es! Kingston hat das ihm anvertraute Geld für sich genommen und ist nun ein reicher Mann geworden. Aber er wußte oder erfuhr es vielleicht erst später durch Zufall, daß Hotchkiss noch lebte und Rechen

schaft fordern konnte. Ich schließe dies daraus, daß er einmal Mordanschläge auf dessen Leben gemacht ... die gottlos feilschten. Nun wandte man sich ... an. Entweder wurde sie des jungen Kingston Frau werden oder — verschwinden.“

Schändlich! Niederträchtig! Und doch — welches Glück, daß wir nun Mr. Hotchkiss haben, um den Schurken auch in diesem Punkt zu überführen. Wo ist Hotchkiss? Kam er mit Mrs. Ramsdale nach Wien?“

Rein. Da er nicht wußte, wo Kingston sich aufhält, meinte er, es sei besser, vorläufig so wenig Lärm als möglich zu machen, damit Kingston nicht Wind bekommt und verschwindet.“

Ein sehr kluger Mann, dieser Hotchkiss!“

Er blieb also in London, von wo aus er in aller Stille nachforschungen lassen will. Mrs. Ramsdale fandte er zu Man, damit sie diese warne, falls Kingston sich in ihre Nähe dränge. Hotchkiss ist übrigens auch überzeugt, daß Kingston Eichbergs Mörder ist, wenn er auch so wenig wie ich begreife, weshalb noch andere Leute Giffendungen erhielten?“

„Ob, das ist nun ja völlig klar! Kingston kam offenbar mit der Absicht nach Durham, sich Rams zu bemächtigen, um sie dann irgendwie verschwinden zu lassen. Aber als er sie sah, verliebte er sich in sie und änderte seinen Plan. Für ihn genügte es ja, wenn sie seine Frau wurde. Sie wies ihn in Budapest ab. Er mußte nach Amerika zurück. Inzwischen verlobte sie sich und er erfuhr dies durch seine Späher, deren einer wahrscheinlich Witou war. Nun hieß es vorsichtig sein. Er kam nicht zur verabredeten Zeit nach Berlin, um Man zu treffen, sondern mietete die Villa in Karlsruhe und schmiedete dort seine Pläne. Eichberg durfte weder ermordet, noch in Duell getötet werden, denn in beiden Fällen wäre Rams Verdacht auf ihn gefallen. — Er zwang ihn also zu dem amerikanischen Duell. Und wenn wir uns noch unbegreiflich ist, so ist es dies: wie Eichberg als vernünftiger Mann darauf eingehen konnte!“

„Wird wundern dies nicht. Er hat ihn „Feigling“ genannt, wie wir gehört haben, und ich kenne Eichbergs

wahrscheinlich empfindliches Vorgefühl. Wurde dies aufgedeckt — und Kingston tat dies sicher systematisch — dann war Eichberg ganz der Mensch dazu, alle Besinnung zu verlieren.“

„So muß es wohl sein, sonst hätte Kingston nicht geglaubt. Sie verabredeten wahrscheinlich eine Frist von vier Wochen, wie dies häufig üblich ist, dann wollte Kingston Eichberg in unerfängerlicher Form das Gift zufenden, damit die ganze Sache den Anschein eines unglücklichen Zufalls behalte. Ingeheim aber beschloß er, für alle Zukunft jedem möglichen Verdacht in Man vorzubeugen. Denn wenn auch niemand sonst — sie hätte doch eines Tages den Gedanken haben können, daß er der Absender jener Willen gewesen. Es sollte also so aussehen, als gelte der ganze Anschlag durchaus nicht einer Person, sondern einer ganzen Ständekategorie.“

„Und wenn alle Empfänger die Willen aus Neugier eingenommen hätten?“

„Nah — was liegt einem so gewissenlosen Menschen, wie Kingston, an fremden Menschenleben, wenn sein Zweck dadurch nur erreicht wird!“

Buchlau erhob sich.

„Wir dürfen keine Zeit verlieren. Man ist in seinen Händen. Ich werde keine ruhige Stunde mehr haben, ehe wir sie nicht befreit haben! Darf ich mit Ihnen nach Karlsruhe reisen? Denn Sie glauben doch auch, daß, wo er ist, auch sie ist?“

„Das glaube ich allerdings. Er wird sie sicher nicht mehr sich selbst überlassen. Die Frage ist nur: Wo ist er? In Karlsruhe oder — hier?“

Sie trennten sich, nachdem sie noch alles Nötige wegen der Abreise verabredet hatten.

So Sitzung folgt.

hängende Pläne und Beschlüsse deutschertum zum Scheitern gebracht haben.

3. Handelt es sich um Ausführung über kriegerische Maßnahmen, die völkerrechtlich verboten waren, oder ohne daß sie völkerrechtlich verboten waren, doch unethisch, mäßig grausam oder hart waren. Es sollen dabei nicht nur die Vorwürfe untersucht werden, die das Ausland gegen uns, sondern auch die Vorwürfe, die wir gegen den Feind erhoben haben.

4. Handelt es sich um Ausführung über die wirtschaftlichen Kriegsmassnahmen an der Front und in besetzten Gebieten. Auch hier sollen sich die Untersuchungen auf alle kriegsführenden Länder erstrecken.

Abg. Dr. Petersen (Dem.) berichtete über die Ausschüßverhandlungen und beantragte im Namen des Ausschüßes, daß den Untersuchungskommissionen die Rechte, die § 34 der Reichsverfassung zuerkannt werden, ferner, daß sämtliche von den Untersuchungskommissionen zu vernehmenden Beamten von der Pflicht der Amtsverschwiegenheit entbunden werden.

Abg. Gausmann (Dem.) erweiterte dieses Verlangen dahin, daß diese Entbindung von der Amtsverschwiegenheit auch auf frühere Beamte ausgedehnt werde.

Reichsminister des Innern Koch erklärte, daß die Regierung keine Bedenken habe, worauf die Antrag des Ausschüßes einstimmig angenommen wurden. — Es folgte die Interpellation der Abg. Anstätt (Deutschl. Vp.) und Dr. Heine (Deutsche Vp.) über die geistliche Einführung der

Zensur der Lichtspiele.

Abg. Mumm (Deutschl. Vp.) begründete diese Interpellation, indem er unter anderem betonte, die Lichtspiele, die wir hier bekämpfen wollen, sind so groß, daß nicht gewartet werden dürfe, bis eine andere Gestaltung der Verhältnisse sich hier im Laufe der Zeit eingestellt hat. Der Interpellant einer ganzen Anzahl von Blättern ist von Schmutz durchsetzt. Die Kriminalstatistik des Innern Koch beantwortete die Interpellation, wobei er hervorhob: Betreffs der Kinoszenen habe ich die Absicht, eine entsprechende Vorlage ausarbeiten zu lassen. Auch ich habe die Zustände im Kino für unerträglich. Das neue Kommunalgesetz wird den Städten Gelegenheit geben, ein Monopol im Kinobereich zu errichten. Ich werde es als meine Pflicht betrachten, in meinem Amtsbereich möglichst bald dafür zu sorgen, daß die für unser Volksleben so verderblichen Erscheinungen beseitigt werden. Es wurde hierauf die Besprechung der Interpellation beschlossen und diese Besprechung wurde verbunden mit der Beratung des Haushalts für den Minister des Innern.

Der neue Reichsminister Koch

hielt seine Amtseinführung und sagte u. a.: Ich will mein neues Amt streng, sachlich und ohne jede Voreingenommenheit verwirklichen. Es wird kein Lummenspiel für politische Agitationen werden. Im Vordergrund meiner Aufgaben steht die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung. Auf die Dauer wird unser Volk nur den Glauben, der ihm die Ordnung wiedergibt. Die Reichsverfassung hat uns die Reichseinheit gebracht. Aufgabe der Demokratie wird es sein, die Reichseinheit zu sichern. Solange ihr das nicht, so verlagert sie auch hier und wird einer anderen Staatsform Platz machen müssen. Reichseinheit ist noch nicht Einheitsstaat, wohl aber macht die neue Verfassung den Weg zum Einheitsstaat frei. In den guten und alten Überlieferungen des Beamtenstandes halten wir fest, aber den Grundgedanken einer neuen Zeit muß auch Rechnung getragen werden. Die Gehaltsfrage wird einer neuen Regelung unterworfen werden.

Weiter erklärte Minister Koch: Die Ausarbeitung eines neuen Schulgesetzes ist im Gange. In den nächsten Wochen wird eine Konferenz in Berlin stattfinden. Im Frühjahr nächsten Jahres dann die große Schulkonferenz. Alle pädagogischen Richtungen werden dort vertreten sein. Der Schule liegt die große Aufgabe ob, die politische Zerküftung unseres Volkes nach Möglichkeit auszugleichen. Darüber hinaus soll Politik aus der Schule fernbleiben. Religiöse Feindschaft sei aus meinem Ressort verbannt. Aus der Lebensgeschichte unseres Volkes sollten wir wenigstens religiöse Zuträuflichkeit

gelernt haben. Die Bestimmungen der Reichsverfassung hierüber werden von hier aus rücksichtslos durchgeführt werden. Wenn einzelne Länder sich den Schulbestimmungen der Verfassung für die Religionen nicht fügen sollten, so wird die Reichsregierung durchgreifen. Chauvinismus hat in der Schule nichts zu suchen. Wohl aber soll das Nationalbewußtsein gepflegt werden. Der vertriebenen Beamten werden wir uns annehmen. Die vertriebenen Beamten werden nach Möglichkeit untergebracht. Dasselbe gilt von den vertriebenen Landbesitzern des Ostens. Wir Deutsche sind alle arm geworden; aber dies sind die Krümmen der Armut, und ihnen zu helfen ist Sache auch eines armen Volkes. Das beste Mittel, alle die besetzten Gebiete dem Reiche zu erhalten, ist, daß es gelingt, die Verhältnisse bei uns im Land zu verbessern und damit die Freude am Reiche zu heben. Das Kriegsgeld wird als unparteiisches Fortschrittsmittel erhalten werden. Die Kriegergräber werden wir mit Blei schützen.

Ein Auswanderungsgesetz wird kommen.

Wir wissen noch nicht, ob wir die gesamte Bevölkerung im Lande werden behalten können. Wir werden es versuchen. Soweit aber eine Auswanderung eintreten muß, werden wir dafür sorgen, daß unsere Söhne und Töchter draußen vor Ausbeutung und Verfallung geschützt werden. Die Volkstimmung scheint sich zum Besseren zu wenden, aber schwierige Verhältnisse stehen für den Winter bevor. In diesem Winter wird sich das Schicksal unseres Volkes entscheiden. Doch uns bei unserer schweren Witterung in diesem Winter aus dem Hause gehoben wird, darum bitte ich.

Buerli sprach alsdann der Abg. Braun-Franken (Meib. Vp.), der sich im allgemeinen mit den Darlegungen des neuen Reichsministers des Innern Koch einverstanden erklärte. Hierauf sprach die Abg. Frau Seydler vom Zentrum, die namentlich die Jugendberufung zum Gegenstande ihrer Ausführungen machte.

Der nächste Redner, Abg. Kautzke (Dem.), gab der Erwartung Ausdruck, daß die Demokratie uns wieder emporkommen werde. Nachdem sprach für die Deutschnationalen der Abg. Clemens v. Dellbrück, der ehemalige Staatssekretär des Innern, der sich als Sachmann mit einer Anzahl von einschlägigen Fragen beschäftigte. Der Rest der Sitzung wurde mit diesen Verhandlungen ausgefüllt.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

Der Reichshausminister erklärt, daß die Kosten der feindlichen Belagerung im Westen jährlich etwa drei Milliarden betragen werden.

Nach einer Mitteilung der internationalen Marinekommission erstreckt sich die Sperrzone für deutsche Schiffe in der Ostsee auch auf die deutschen Territorialgewässer.

In der preussischen Landesversammlung ist ein Antrag sämtlicher Parteien auf Erhöhung der Lehrergehälter eingegangen.

Die demokratische Partei lehnt in einer offiziellen Fraktionsklärung eine Forderung am 9. November ab.

Die Ostafrikaner, die seit Jahren in englischer Gefangenschaft schmachten, werden nun endlich nach Deutschland beordert.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat wird zum ersten Male nach dem Kriege wieder in Berlin am 5. und 6. November tagen.

Die deutschen Sozialisten in Frankreich sollen in den nächsten Tagen aus der Haft werden.

Die Antwortnoten an die Entente.

Gemeinsames Vorgehen mit den Neutralen.

Die letzte Note der Entente über die baltische Frage wird von der deutschen Regierung in den allerhöchsten Tagen beantwortet werden, nachdem der Ausschüß für auswärtige Angelegenheiten noch einmal Gelegenheit gehabt hat, sich mit dem Entwurf zu dieser Antwort zu beschäftigen. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die deutsche Reichsregierung noch einmal mit allem Nachdruck versichern wird, daß sie gewillt sei, alle ihr zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, um die widerständigen Truppenverbände in die Heimat zurückzuführen und etwa sich zeigenden Widerstand zu brechen. Graf v. d. Goltz wird in Berlin erwartet und unmittelbar nach seiner Ankunft wird ihm die Reichsregierung zur Berichterstattung über seine letzten Schritte aufordern. In parlamentarischen Kreisen wird der Wunsch laut, ihn auch vor dem Ausschüß für auswärtige Angelegenheiten zu hören.

Dagegen ist mit einer baldigen Beantwortung der Note der Entente nicht zu rechnen. Aus der Sache ergibt sich, daß die deutsche Regierung vorher Klärung suchen wird mit den neutralen Staaten, an die sich die Entente ja ebenfalls gewandt hat. Derselbe Wunsch scheint auch bei den Neutralen zu bestehen. Nach den hierher gelangten Nachrichten trägt sich auch die schwedische Regierung mit der Absicht, vor der Festlegung ihrer Schritte sich ins Einvernehmen mit Deutschland zu setzen und bei der englischen Regierung weitere Auskunft zu erbitten. Erst nach Abschluß dieses Gedankenanstandes wird das Reichskabinett und danach der Ausschüß für auswärtige Angelegenheiten sich über die Erteilung einer Antwort schlüssig werden.

Vom Tage.

Der amerikanische Journalist hat seit neun Monaten den amerikanischen Kriegsberichterstatter abgelehnt. Er weiß alles und findet alles, was er zu finden beauftragt ist. Frig-keit ist ihm alles. Nichtigkeit wenig oder nichts. So hat jetzt Herr George Battullo, der die „Saturday Evening Post“ in Philadelphia und deren anderthalb Millionen Leser über deutsche Zustände erleuchtet, herausgefunden, daß man in — Frankfurt an der Oder — sehr billig lebt, weil dort ein Mittagessen „nur“ 8 Mark kostet, und weil die Mark zu dieser Zeit nur 7 Cent wert war! Daß die deutsche Mark für den Deutschen immer noch eine Mark bedeutet, macht Herrn Battullo nichts aus. So nebenbei macht er dann noch Herrn Theodor Wolff vom Berliner Tageblatt zum Oberhaupt des Wolffschen Telegraphenbureaus, „das fleisch der Schalltrichter der alten Sippschaft gewesen ist“. Der Verleger der „Saturday Evening Post“ sollte seinem Battullo schleunigst den Postbus geben, sonst blamiert er die ganze amerikanische Presse.

„Präsident“ Zöller von Birkenfeld scheint im Regieren ein Paar gefunden zu haben; er ist rasch amtsmäßig geworden und macht nicht mehr mit. Auch seine Gehilfen, darunter der sech- und pumpstrophe Referendar a. D. Wilhelm Gouth, haben sich nach und nach von ihrer legendären Tätigkeit zurückgezogen und die Regierung untergeordneten französischen Organen überlassen. Was dabei für das Birkenfelder Ländchen herauskommen muß, läßt sich leicht denken. Warum schreiben übrigens die französischen Ruffenschieber in Birkenfeld den „Präsidenten“ oder „Strohmannposten“ nicht im Bege des Interests aus? Man könnte ihn ja an den Meistbietenden oder an den Mindestfordernden vergeben!

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

➤ Rückkehr der Zivilinternierten aus Frankreich. Marshall Koch hat der Deutschen Waffenstillstandskommission in Düsseldorf mitteilen lassen, daß die in Lyon, Vieux und Nantes internierten deutschen Zivilpersonen in vier Bügen über Straßburg und Mainz nach Frankfurt am Main zurückgeführt werden sollen. Es kommen im ganzen ungefähr 700 bis 750 Personen in Frage, davon 25 % Frauen und Kinder. Der erste Transport wird am 20. Oktober von Lyon aus abgehen, der zweite und dritte am 25. und 26. Oktober von Vieux und der vierte am 2. November von Nantes.

➤ Sondersteuer für die Reklamierten. Zum Reichsnotopfergesetz ist in der Nationalversammlung der Antrag gestellt worden, alle im Kriege Reklamierten, die für die Reichsnotopferabgabe in Frage kommen, mit einem Zuschlag von 5 % für jedes angefangene Jahr ihrer Bedürfnisbefreiung zu belegen. Vorübergehende Zurückstellungen bis zur Dauer von sechs Monaten begründen keine Zahlungspflicht. Abgabepflichtige mit mehr als ein Jahr Frontdienst bleiben vom Zuschlag befreit.

➤ Erhöhung der Lehrergehälter. Im Staatshaushaltsausschüß der Preussischen Landesversammlung haben sämtliche Fraktionen durch ihre Vorstehenden folgenden Antrag zur Beratung bei den Verhandlungen über den Haushalt des Unterrichtsministeriums eingebracht: „Die Staatsregierung zu ersuchen, zur schleunigen Abhilfe von schweren Mängeln in der Besoldung der Volksschullehrkräfte eine Gesetzesvorlage einzubringen, die 1. eine gleichmäßige Regelung des Grundgehalts und der Alterszulagen in allen Schulverbänden Preußens unter Aufhebung der Ortszulagen vorsieht, 2. die Gleichstellung der Besoldung der Volksschullehrkräfte mit der der Sekundäre der allgemeinen Staatsverwaltung bringt, 3. die Lehrerinnen bei Übernahme gleicher Pflichten in der Besoldung mit den Lehrern gleichstellt. Mit dieser Vorlage sind Vor schläge zur gleichzeitigen Regelung der entstehenden Kosten zu verknüpfen.“

➤ Für die Selbstverwaltung Elsaß-Lothringens. Die oberelbsächsische Sozialistenkonferenz hat an die französische Regierung folgende Forderungen gerichtet: Selbstverwaltung Elsaß-Lothringens, Gleichstellung der deutschen Sprache als Amtssprache mit der französischen, Verstaatlichung der Eisenbahnen und Bergwerke. Die sozialistische Kandidatenliste für die sieben Kammermandate des Oberelsaß enthält unter anderen die Namen Jean Martin und Grumbach. Die Sozialisten rechnen auf drei Mandate.

➤ Deutsch-Ostafrika für Norwegen? Anknüpfend an eine vom norwegischen Gesandten in Paris, Bedel Jarlsberg, bei einem Festbankett in Christiania zur Feier der Erwerbung Spitzbergens geäußerte Meinung von einem größeren Norwegen wird in der Presse die Möglichkeit erörtert, daß Norwegen ein Mandat des Völkerbundes zur Verwaltung Deutsch-Ostafrikas erhalten könnte. „Dagbladet“ hält dies für möglich, warnt aber vor einem Kolonialabenteurer.

➤ Die Inzeststeuer war Gegenstand der Beratung im Steuerausschüß der Nationalversammlung. Nach einem eingehenden Referat beschloß die Kommission mit allen gegen die Stimmen der Unabhängigen eine Besteuerung der Inzestate in Höhe von 10 %. Ihre endgültige Stellungnahme haben sich die Parteien für die zweite Lesung vorbehalten.

➤ In der preussischen Landesversammlung wurde der Haushaltsplan für die Forstverwaltung beraten. Dabei wurde festgestellt, daß der preussische Staat durch die Abtreibungen im Osten allein 50 Millionen an Entnahmen aus den Forsten verliert. Trotzdem gebt die Forstverwaltung mit einem Überschüß von 190 Millionen Mark abwärts. Der Etat wurde genehmigt.

Frankreich.

➤ Deutschlands reiflose Entwaffnung. Der französische Senat genehmigte eine Entschlieung hinsichtlich der Entwaffnung Deutschlands und der Priorität Frankreich bei den von Deutschland zu leistenden Zahlungen. Er nahm weiter den Entwurf an, wonach für die Zahlen verschiedene große Departements in Sektionen eingeteilt werden.

Rußland.

➤ Jüdisch im Anmarsch auf Petersburg. Die Truppen des Generals Judenitsch machen in der Richtung auf Petersburg rasche Fortschritte. So wurde bereits Woloskowa, 50 Kilometer vor Petersburg, genommen. Dabei fielen mehr als 1000 Gefangene, mehrere Kanonen und Panzerzüge den Freiwilligentruppen in die Hände. Bei der Einnahme von Gomontawa an der Straße von Jamburg nach Petersburg wurden 800 Gefangene gemacht und Geschütze erbeutet. Die Freiwilligentruppen haben sich dem wichtigen Eisenbahnknotenpunkt Luga genähert. Pleskau ist wieder genommen worden. Es geht das Gerücht, daß die Sowjetministerien in Petersburg am Donnerstag geschlossen waren und daß alle Arbeit stillgefallen.

Türkei.

➤ Absehung des Sultans gefordert. Es verlautet mit Bestimmtheit, daß die Führer der kleinasiatischen nationalistischen Bewegung die eventuelle Absehung des Sultans oder die Einsetzung eines neuen Kalifen erörtern, um die Anerkennung und Unterstützung der nationalistischen Bewegung durch eine gleichmäßige Regierung zu erlangen. Mustafa Kemal Pascha will sein Heer unter eine reguläre Regierung gestellt sehen. Die Massen gehen zum Teil eigene Wege, um unerfüllbare Wünsche zu befriedigen, was bereits zu bolschewistischen Regungen geführt haben soll.

Amerika.

➤ Japanfeindliche Stimmung. Senator Lodge warnte im Senat bei der Schantung-Debatte, daß Japan damit beschäftigt sei, im fernen Osten ein großes Reich aufzubauen, das demnach nicht nur für Amerika, sondern für die ganze Welt eine Drohung darstellen werde. Er sagte weiter, daß Japan das Versprechen betreffend China, Korea und die Politik der offenen Tür gebrochen habe. Außerdem habe es den auswärtigen Handel in Mandschurei und Korea vernichtet. In dem vorliegenden Abkommen fehle ein Termin für die Rückgabe Schantungs. Japan habe Deutschlands frühere Rechte nachgehakt. Es habe die Absicht, China auszunutzen und sich selbst zu einer Weltmacht zu entwickeln. Es wolle dazu die chinesische Macht ausnützen.

Basel. Nach einer Pariser Spezialmeldung wurde am Oberkommissar der Rheinlande und zum Präsidenten der internationalen Kommission für die Rheinlande Paul Lutz ernannt.

Bern. Nach einer Meldung aus Saloniki haben sich die Städte Adrianopel und Prussa der nationalistischen türkischen Bewegung angeschlossen.

Paris. Durch ein Dekret des Präsidenten der Republik ist die allgemeine Mobilmachung der französischen Armee aufgehoben worden.

Stockholm. Die finnische Regierung befiel sich auf dem Friedensangebot Rußlands und beschloß den Reichstage einen ablehnenden Vorschlag vorzulegen.

Blockierung unserer Territorialgewässer.

Sechs deutsche Handelsdampfer gefaßert

Nach Mitteilung der internationalen Marinekommission erstreckt sich die Sperrzone für deutsche Schiffe in der Ostsee auch auf die deutschen Territorialgewässer.

Salbamlich wird hierzu bemerkt: Derartig starke Repressalien — man denke nur an die zahlreichen Fischerboote — sind nur geeignet, im ganzen deutschen Reich vor allem aber bei der betroffenen, an den Verhältnissen im Baltikum völlig unbeteiligten Küstenbevölkerung, die rechtliche Erbitterung hervorzurufen. — Weiter wird aus England gemeldet, daß ein britischer Torpedobootzerstörer sechs deutsche Handelsdampfer gefaßert und nach Neutral eingedrückt hat.

Der schwedische gerichtete Schiffsverkehr im Nordsee-Kanal ruht seit der Ententeblockade über die Ostsee vollständig. Vor der Verhängung der Blockade ist der Verkehr ziemlich rege gewesen. Es fuhren hauptsächlich Amerikaner, dann Holländer, vereinzelt Engländer und Franzosen nach der Ostsee, vermutlich mit Ziel Skandinavien.

Aus dem Gerichtssaal.

§ Der zweite Münchener Gelfelmordprosch. Vor dem Volksgericht begann in München der zweite Gelfelmordprosch. Angeklagt sind der Reimer Gelpold Dobus, der Legebühnen Rudolf Greiner, der Arbeiter Alois Kammerhüter und der Student Andreas Strelens, ein russischer Staatsangehöriger aus Rinsk gebürtig. Die drei letztgenannten Angeklagten werden des Mordes beschuldigt, während der 4. März 1918 der wissentliche Beistand zum Mord angehängt wurde. Der Hauptbeschuldigte ist Kammerhüter.

West- und Volkswirtschaft.

➤ Drohender Angelegenheitsstreik an Rhein und Ruhr. Der Arbeitgeberverband für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrie hat erklärt, daß er einen Aufstand der Arbeiter fürchten müsse, wenn der Kampf der Angelegenheiten im rheinisch-westfälischen Industriebezirk um die Regelung der Gehälter von neuem entbrennen. In einzelnen Städten sind bereits die Arbeiter davon in Kenntnis gesetzt worden, daß die Angelegenheiten mit allen Mitteln die tarifliche Regelung der Gehälter erkämpfen werden.

Briefpapier

neue Sendung
in Mappen und
Blättern
mpf. & a. ist
Buchh. Druckung Lemb.

Kernseife

Doppelpack 0,80 M.
bieten an
Emil Eschenbrenner.
Frieda Eschenbrenner.

Geld verleihen an
sichere Leute
monatl. Rückzahlung
H. Blume & Co.,
Hamburg 3.

Kerzen

bieten an
Emil Eschenbrenner.
Frieda

Verzinkte Waren

Wannen, Eimer, Waschtöpfe
Fußbodenplatten,
Wasserschöpfer,
(Zauchschöpfer, Zauchtrichter,
Johns
Bollamp, Waschmaschinen,
Heißes Wasserschöpfen
in Kürze wieder eingetroffen.
Jul. Rüping.

Vollheringe

wieder vorrätig
Emil Eschenbrenner
Frieda

Prima Kernseife
Schmierseife
A. A. Seifenpulver
färbt
Milch Bleichmittel
Henkels Bleichsoda
Soda und Seifen-
sand
empfehlen
Jean Engel.

Gute
Brikettspiegelgläser
mit und ohne Hänge für Was-
schüssel liefert mit und ohne
Rahmen
H. M. M. Glasmeister,
Brunnenstraße 9.

Gratulations-
Karten
für alle Fälle
neu eingegangen
Papierhandlung Lemb.

Süßen Atemnot

Verschlimmung
Schreide allen Leidenden gerne
umsonst, womit ich mich von
meinem schweren Lungenleiden
selbst befreie.
Heinrich Deike, Wackers-
leben, Provinz Sachsen.
Auch bei Hautjucken, Flechten,
Krätze, offener Weingeschwür
gerne umsonst. Auskunst. Wack-
erle erwünscht.

Statt Karten!

Frieda Dutsch
Oskar Gemmer

VERLOBTE.

Wiesbaden Braubach
Oktober 1919.

Tanz-Institut P. J. König
Lehren der bildenden Tanzkunst
erteilt in allen Tönen
Einzel- und Privatstunden
Walzer und Rheinländer in 2-3 Stunden.
Näheres erfahren Interessenten Dienstags und Freitags
abends 7 Uhr im „Hotel Hammer“.
Die bekanntesten

Reif-Apparate
und alle Sorten
Gläser
empfehlen

Gg. Phil. Clos.
Inh.: Karl Gemmer.

Mosaikplatten
für Küchen- und
Flurbeläge
in den verschiedensten Mustern wieder eingetroffen bei
Chr. Wieghardt.

Traubenernte
im Ganzen gibt ab
Marlsburg.
Weintrauben
kauft, auch in kleinen Partien
Kaiserhof.

Maschinenöl,
Motoröl,
Centrifugenöl,
Maschinenfett,
Wagenfett,
Lederfett
zu Engrospreisen.
Jean Engel.

Gemahlene
Aerde — Gips
wieder eingetroffen
Chr. Wieghardt.
Schuhriemen
— Friedenstraße —
bieten an
Emil Eschenbrenner.
Frieda Eschenbrenner.

Fensterglas, Roh-
und Drahtglas,
sowie bunte Gläser,
Koufelinglas,
Bordüren und Geden
empfehlen
H. M. M.,
Glasmeister.

Heringe
per Stück 35 Pfg.
empfehlen
Ang. Gran

Grapp- und
Seidenpapier
in allen Farben
neu eingetroffen.
H. M. M.

Türschoner
in Glas und Celluloid
empfehlen
Gg. Phil. Clos.
Inh.: Karl Gemmer.

Notizbücher.
in allen Ausführungen
empfehlen
Buchhandlung
H. M. M.

Bürstenwaren
Schrapper, Abseifbürsten,
Waschbürsten, Bodenbesen,
Handfeger, Straßenbesen
Schmug-, Anschmier- und
Wischbürsten,
Bierseidel- und Glaschenbürsten
Glasbürsten.
zu haben bei
Julius Rüping.

Pausleinen
Papiergehäuft Lemb.
Pergament-
Papier
in Rollen eingetroffen.
Papiergeschäft Lemb.

Anmeldescheine

wie sie für Gastwirte usw., die Fremde beherbergen, neuer-
dings vorgeschrieben sind, werden bei uns hergestellt und
Bestellungen entgegen genommen.

Buchdruckerei Lemb.

Feinmas Wiesbadener
Kaltschlag - Vorlauf - Rübol
ist eingetroffen
Emil Eschenbrenner.

Prima weiße
Schmierseife
bieten an
Emil Eschenbrenner Frieda Eschenbrenner.

Die kluge Hausfrau
kauft nur
Kieffer-
Einkoo-Apparate und
Konserven-Gläser.
Kleindruck für Braubach und Umgebung:
Julius Rüping.

Gussemaillierte Stahlblech
und
Felsen-Kma lle-
Kessel
neu eingetroffen.
Gg. Phil. Clos,
Inh.: Karl Gemmer.

Taschenlampen
Batterien, Glühbirnen
und Nüssen
wieder frisch eingetroffen
Julius Rüping.

Zinkwaren
Eimer, Waschtöpfe, Wannen,
Zauchtrichter, Zauchschöpfer, Zauchpumpen
und Zauchverteiler,
Waschbretter mit Zinkeinlage
in verschiedenen Größen neu angekommen.
Gg. Phil. Clos.
Inh.: Karl Gemmer.

Aufnehmer, Haarbesen,
sowie sämtliche
Bürstenwaren
empfehlen
Jean Engel.

Emaillwaren
Kochtöpfe, Wassereimer, Kaffeekannen, Milchtöpfe,
Gemüsehülsen, Stielkaffee, mit Ausguß, Trichter,
Wasserkehl, Abseifbleche, Schöpf-, Schamm- und Milch-
löffel, Backschalen, Wasserschöpfer, mit Konsole, Seife,
Soda, Sandbehälter mit Konsole, Offenträger, tiefe und
flache Schüsseln, Zeller, Kaffeetassen, Milchträger, Eisen-
schüsseln, Bettdecken, Nachtöpfe usw.
in verschiedenen Größen und reicher Auswahl wieder
eingetroffen.
Julius Rüping.

Holländische
Fahrräder
in 1/2 Pfd. Netto
bieten an
Emil Eschenbrenner
Frieda

Kaffee,
Kakao,
Ceyl. Tee
frisch eingetroffen.
Ang. Gran

Apfelwein
empfehlen
Emil Eschenbrenner
Frieda

Zwiebeln
eingetroffen.
Ang. Gran
Seifenpulver
mit 10 pCt. Seife
in jeder Menge
zu haben bei
Emil Eschenbrenner
Frieda

Leinöl
Sedativ
(kein Öl)
eingetroffen
Chr. Wieghardt.

Stollwerk
Chocolade
und Cacao
Hanswaldt
Chocolade
Wagner Cacao
bieten an
Emil Eschenbrenner
Frieda

Molkensirup
(siehe Preisliste)
in allen Größen für
Franzosen
Männer-Sirup
in großer Packung
bieten
Gg. Phil. Clos.

Kernseife
und
Olivenöl
offert
O. Eschenbrenner.

Guter Oelk
weiß und braun
schwarzer
hat Reis am Sager
Heinrich M.
Schreiner- und Glasmeister

Zuntz-
Kaffee
in Halbpackung
offert
Emil Eschenbrenner
Frieda Eschenbrenner

Kerzen
empfehlen
Jean Engel